

Fragen

für die Fragestunde der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Juni 2007

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13	Laurischk, Sibylle (FDP)	14, 15
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	8	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	4, 21
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	1, 2	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 16

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

1. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
Welche Überlegungen liegen der Ankündigung von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, zugrunde, das BAföG gestaffelt über zwei Jahre anzuheben, und wie gestaltet sich die gestaffelte Anhebung der Bedarfssätze konkret (bitte unter Angabe der Höhen und geplanten Zeiträume)?

2. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
Wie bewertet die Bundesregierung die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vorgelegte Ausbildungsplatzprognose, wonach noch in diesem Jahr mit einer ausgeglichenen Bilanz zu rechnen sei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3. Abgeordneter
**Omid
Nouripour**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft angesichts der anscheinend bestehenden Unklarheit zu Zuständigkeiten bezüglich der Aufnahme von in Seenot gefundenen Flüchtlingen im Mittelmeer, die u. a. Ende Mai dieses Jahres dazu führte, dass 27 Flüchtlinge drei Tage lang vor Malta im Meer trieben, bevor sie gerettet werden konnten?

4. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Zaunfelder des G8-Gipfel-Zauns zu verkaufen oder zu versteigern, um wenigstens einen Teil des über 100 Mio. Euro teuren Gipfels zu refinanzieren, und gibt es bereits Anfragen von Einzelpersonen, Organisationen oder Städten, Zaunfelder einschließlich NATO-Stacheldraht zu erwerben, um an den G8-Gipfel in der einen oder anderen Form zu erinnern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

5. Abgeordneter
**Wolfgang
Wieland**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Entspricht die Aufbewahrung von Briefen durch den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, – sofern der Inhalt dieser Schreiben intime Details über Funktionsträger der eigenen Partei enthält – der Geschäftsordnung der Bundesregierung, und wird die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, gegebenenfalls dagegen mit Mitteln der Dienstaufsicht vorgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

6. Abgeordnete
**Elisabeth
Scharfenberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat die Aufsetzung des Themas der Reform der Pflegeversicherung bei der nächsten Klausurtagung des Bundeskabinetts am 23. und 24. August 2007 hinsichtlich des bisher vom Bundesministerium für Gesundheit kommunizierten Zeitplans, im Juli 2007 Eckpunkte für die Reform vorlegen zu wollen, und mit welchem Ziel wird die Pflegereform auf der Klausur diskutiert?
7. Abgeordnete
**Elisabeth
Scharfenberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt sich dabei der aktuelle Diskussionsstand in der Bundesregierung in Bezug auf den im Koalitionsvertrag vereinbarten Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung dar, auch unter Berücksichtigung der laut Presseberichten zu unterschiedlichen Ergebnissen kommenden Gutachten des Bundesministeriums des Innern bzw. des Bundesministeriums der Justiz zur Frage der Verfassungsgemäßheit eines solchen Ausgleichs, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus hinsichtlich des weiteren Reformprozesses?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

8. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Fachkommission Bauaufsicht der Bauministerkonferenz überarbeitete Musterhochhausrichtlinie in Bezug auf die Besonderheiten der DDR-Bestandshochhäuser?
9. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, seine Zusage „Ich setze mich dafür ein, dass eine ICE-Pilotstrecke mit der Möglichkeit zur Radmitnahme eingerichtet wird. ... Ziel ist es, die Einrichtung von Mehrzweckabteilen für die Mitnahme von Fahrrädern, aber auch von Kinderwagen, Rollstühlen und Sportgeräten in allen Zügen einschließlich von Hochgeschwindigkeitszügen zu ermöglichen.“ (Radwelt, Ausgabe Juni 2007, Mitgliederzeitschrift des ADFC) bei der Deutsche Bahn AG durchsetzen, die sich wiederholt gegen eine solche Möglichkeit ausgesprochen hat?
10. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab wann sollen nach Vorstellung der Bundesregierung die Pilotversuche spätestens beginnen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordneter
**Alexander
Bonde**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche technischen Absprachen wurden zwischen der NATO und der EU hinsichtlich einer Unterstützung der zivilen EU-Polizeimission in Afghanistan getroffen, und was bedeutet die derzeitige Blockade von Seiten der Türkei innerhalb der NATO für den für den 15. Juni 2007 vorgesehenen Beginn der EU-Polizeimission bzw. die deutschen Polizisten in Afghanistan?

12. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund wurde unter Federführung der deutschen EU-Präsidentschaft im Vorfeld der Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den ASEAN-Staaten, Südkorea und Indien dafür gesorgt, dass ausgerechnet im Verhandlungsmandat mit Indien die in solchen Handelsabkommen übliche Klausel zur Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht enthalten sein soll, und wie ist dies vor dem Hintergrund des US-indischen Nukleardeals und der indischen Weigerung, sich zentralen abrüstungspolitischen Kontrollen und Vereinbarungen zu unterwerfen, mit den abrüstungspolitischen Bekenntnissen der Bundesregierung, insbesondere vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, vereinbar?
13. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rolle spielten die miserable Lage der Menschenrechte, der Zerfall demokratischer Strukturen und das Fehlen einer unabhängigen Justiz in der Russischen Föderation auf dem G8-Gipfel, und welche menschenrechtlich problematischen Vorgänge hat die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, gegenüber dem Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, angesprochen?
14. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP)
- Wie hoch war der Etat für die Werbemittel, die die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft und der G8-Präsidentschaft für die Veranstaltung in Heiligendamm hat anfertigen und verteilen lassen, und inwieweit haben private Sponsoren sich hierbei beteiligt?
15. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP)
- Was wurde neben Kugelschreibern, Seidentüchern und -krawatten, Schlüsselbändern und Schokoladensortiments an welchen Empfängerkreis verteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

16. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht der Generalbundesanwältin, Monika Harms, den wegen vierfachen Mordes verurteilten Haupttäter aus dem Berliner Mykonos-Verfahren bereits nach Zweidritteln der vom Gericht festgesetzten Mindestverbüßungszeit aus der Haft zu entlassen, obwohl nicht

bekannt ist, dass er auch nur eines der im Zusammenhang mit Christian Klar erörterten Kriterien erfüllt, z. B. die Tat zu gestehen oder Reue zu zeigen oder die Witwe zu entschädigen oder zu erklären, dass sein Auftraggeber, der iranische Staat, das Morden nunmehr eingestellt hat?

17. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise ist die Bundesregierung in die Ermittlungen zur sächsischen Affäre um organisierte Kriminalität und Korruption involviert, und in welcher Weise sind Personen bzw. Institutionen der Bundesregierung darin verwickelt?
18. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse zu dieser Affäre liegen der Bundesregierung bislang vor, und welche weiteren Schritte beabsichtigt sie in dieser Sache zu gehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

19. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung an ihrem Gesetzentwurf zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge (Bundratsdrucksache 778/06) auch nach dem Bundesverfassungsgerichtsbeschluss zur Erbschaftsteuer (1 BvL 10/02) unverändert fest, oder beabsichtigt sie Änderungen bei den Regelungen zum produktiven Vermögen, was steuerlich begünstigt werden soll, und zum unproduktiven Vermögen, was nicht steuerlich begünstigt werden soll, vorzunehmen?
20. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Alternativvorschlag des DIHK, Betriebsvermögen, welches fünf Jahre vor dem Erbfall betriebsnotwendig war und in den zehn Jahren danach im Betrieb bleibt, steuerlich im Rahmen der Unternehmensnachfolge zu begünstigen, und wie bewertet die Bundesregierung die Kritik an der geplanten Beschränkung der steuerlichen Begünstigung auf Vermögen innerhalb der EU?

21. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass der Bundesregierung keine konkreten Vorschläge von Unternehmerseite zum Abbau von gewerblichen Subventionen bekannt sind, wie die Äußerung des Bundespräsidenten, Horst Köhler, bei der Verleihung des Friedrich-August-von-Hayek-Preises vermuten lässt, wenn doch, welche konkreten Vorschläge von Unternehmerseite oder Unternehmerverbänden gibt es zum Abbau von gewerblichen Subventionen (DIE WELT, 14. Mai 2007)?